

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung

vom 9. Juli 2015

<u>Ort:</u>	Sitzungssaal der Marktgemeinde Vasoldsberg
<u>Beginn:</u>	19.00 Uhr
<u>Vorsitz:</u>	Bürgermeister Johann Wolf-Maier
<u>Anwesend:</u>	21 GemeinderäteInnen
<u>Zusätzlich anwesend:</u>	Mag. Christian Grossek zu Punkt 1.) und 2.)
<u>Entschuldigt:</u>	---
<u>Unentschuldigt:</u>	---
<u>Protokoll:</u>	AL Ing. Karl Linhard
<u>ZuhörerInnen:</u>	27

Eröffnung und Begrüßung, Feststellen der Beschlussfähigkeit

Fragestunde

Tagesordnung:

- Punkt 1.) Präsentation der Bilanz 2014 der Vasoldsberg KG durch Steuerberater Mag. Christian Grossek**
- Punkt 2.) Beschlussfassung über die Annahme der Bilanz 2014 der Vasoldsberg KG**
- Punkt 3.) Berichte**
- Punkt 4.) Beratung und Beschlussfassung über die Annahme des Gemeinderatssitzungsprotokolls vom 19. Mai 2015**
- Punkt 5.) Beratung und Beschlussfassung über die Entsendung von 3 Vertretern in den Verband Hügelland-Schöcklland**
- Punkt 6.) Beratung und Beschlussfassung über die Entsendung von 4 Vertretern in den Verein Hügelland östlich von Graz**
- Punkt 7.) Beratung und Beschlussfassung über die 24. Änderung im Flächenwidmungsplan 4.0, VF 4.24 „Haselsteiner“**
- Punkt 8.) Beratung und Beschlussfassung über die Auflage der 3. Änderung des 4.0 Örtlichen Entwicklungskonzeptes und der 25. Änderung des 4.0 Flächenwidmungsplanes („Luggin“)**

- Punkt 9.) Beratung und Beschlussfassung über die Auszahlung des Jagdpachteuros für das Jagdjahr 2015/2016**
- Punkt 10.) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Baumeisterarbeiten für den geplanten Zubau zur Hügellandschule Vasoldsberg**
- Punkt 11.) Beratung und Beschlussfassung über die Kündigung des Vereines Pro Musica Steiermark für die Führung der Musikschule Vasoldsberg und Grundsatzbeschluss für die Weiterführung der Musikschule Vasoldsberg ab Herbst 2015**
- Punkt 12.) Allfälliges**

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

- Punkt 13.) Beratung und Beschlussfassung über das Gewähren von zwei Abtrennungsbewilligungen (Lastenfreistellungen) in der KG. Premstätten b. Vasoldsberg – nicht öffentlich und vertraulich gem. § 59, Stmk. GemO**

Eröffnung und Begrüßung, Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister begrüßt alle Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die heutige Gemeinderatssitzung.

Er freut sich, dass so viele Zuhörer anwesend sind und bedankt sich bei ihnen für ihr Interesse.

Er gibt bekannt, dass TOP 9.) *Beratung und Beschlussfassung über die Auszahlung des Jagdpachteuros für das Jagdjahr 2015/2016* von der Tagesordnung genommen wird.

Weiters stellt er den Antrag, den TOP 1.) *Präsentation der Bilanz 2014 der Vasoldsberg KG durch Steuerberater Mag. Christian Grossek* vor der Fragestunde abzuhalten, da Mag. Grossek bereits anwesend ist und er nicht warten sollte.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Anschließend stellt er zwei Dringlichkeitsanträge:

1. Einen weiteren Punkt auf die Tagesordnung nehmen zu dürfen und
2. der Punkt soll lauten: Punkt 13.) *Beratung und Beschlussfassung über das Gewähren von zwei Abtrennungsbewilligungen (Lastenfreistellungen) in der KG. Premstätten b. Vasoldsberg – nicht öffentlich und vertraulich gem. § 59, Stmk. GemO*

Die Anträge wurde vom Gemeinderat mehrheitlich mit 18 : 3 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmten Vizebgm. Kaufmann und die Gemeinderäte Rieberer und Premm.

Punkt 1.) Präsentation der Bilanz 2014 der Vasoldsberg KG durch Steuerberater Mag. Christian Grossek

Der Bürgermeister ersucht Mag. Grossek die Bilanz 2014 der Vasoldsberg KG dem Gemeinderat vorzustellen.

Dieser stellt die Bilanz vor:

Die KG besitzt zwei Liegenschaften:

Das Gemeindezentrum mit Gemeindeamt und Feuerwehrhaus, sowie die Liegenschaft Vasoldsberg 1 (Altes Gemeindeamt)

Zuerst wird die „Gewinn- und Verlustrechnung“ erläutert - was hat die Gesellschaft für einen Überschuss erzielt

- Mieteinnahmen
- Abschreibungen
- betriebliche Aufwendungen
 - Betriebskosten Gebäude
 - Beratungskosten
 - Kosten für Achteckstadl
- Zinsaufwendungen
- Auflösung unverteilter Rücklagen (Zuschüsse vom Land Stmk. – nicht rückzahlbar – auf die Laufzeit des Gebäudes verteilt)
 - ⇒ Jahresüberschuss der KG rd. € 26.000,00

Bilanz

Guthaben inkl. Immobilien auf der Aktivseite – Schulden auf der Passivseite

Aktiva

Anlagevermögen rd. € 4,4 Mio. als Buchwert

Passiva

Verbindlichkeiten rd. € 1,210.000,00
BAWAG, Raiba Hausmannstätten und Darlehen Land Stmk.

Eigenkapital 1,697.000,00 ohne Investitionszuschüsse (nicht rückzahlbare Förderungen)

DI. Weinhandl:

Warum wurden die Versicherungen 2014 auf null gestellt und warum sind die Betriebskosten für Strom 2014 so niedrig?

Mag. Grossek:

Die Versicherungen laufen ab 2014 über die Gemeinde und auch der Strom wird jetzt direkt von der Gemeinde mit dem Versorger verrechnet und scheint daher hier nicht mehr auf.

DI. Weinhandl:

Gibt es aber trotz des guten Bilanzergebnisses noch Verbesserungsmöglichkeiten für die Bilanz, damit diese im nächsten Jahr vielleicht noch besser ist?

Kozel:

Dann müsste die Gemeinde für die Anmietung der Räumlichkeiten mehr Miete bezahlen.

Mag. Grossek:

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Bilanz anders aussehen zu lassen:

Zum Beispiel wenn der Gemeinde der Gewinn nicht so wichtig ist und damit geringere Schulden hätte.

Oder, wenn keine Schulden gewünscht sind, müsste die Gemeinde mehr Geld zuschießen.
Man könnte aber auch Liegenschaften verkaufen und damit die vorhandenen Schulden abdecken.

Vizebgm. Kaufmann:

Mehrere Verständnisfragen:

Das Festkapital ist gestiegen – wie ist dies möglich?

Mag. Grosseck:

Dieses Kapital beinhaltet den Gewinn der Vorjahre und diese Summe wurde aus dem Vorjahr übernommen.

Vizebgm. Kaufmann:

Investitionszuschüsse sind gesunken – wie ist dies zu verstehen?

Mag. Grosseck:

Diese werden bei der Abschreibung dem Gewinn zugeschlagen und gewinnerhöhend über die Laufzeit (67 Jahre) aufgelöst.

Vizebgm. Kaufmann:

Wofür stehen die Kauttionen?

Mag. Grosseck:

Diese wurden mit den Betreibern des Therapiezentrums und des Trainingszentrums vereinbart und sind bei etwaiger Vertragsauflösung auch zurückzuerstatten.

Vizebgm. Kaufmann:

Bei der Gewinn- und Verlustrechnung – auch die Kosten für den Wasserverbrauch stehen bei null, und ebenso die Instandhaltungskosten.

Mag. Grosseck:

Die Kosten für den Wasserverbrauch werden ebenso direkt von der Gemeinde mit dem Wasserverband verrechnet.

Für die Instandhaltung ist 2014 für die KG nichts angefallen, daher auch hier null.

Vizebgm. Kaufmann:

Die KG kann oder soll es lebenslang geben, oder?

Mag. Grosseck:

Solange es einen Komplementär und einen Kommanditisten für die KG gibt und die Gemeinde dies will, kann es sie theoretisch ewig geben.

Anschließend stellt der Bürgermeister den Antrag, auch den Punkt 2.) jetzt vorzuziehen und auch sofort zu behandeln.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 2.) Beschlussfassung über die Annahme der Bilanz 2014 der Vasoldsberg KG

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Bilanz der Vasoldsberg KG für 2014, so wie jetzt von Mag. Grosseck vorgestellt und als Beilage **A** dem Protokoll beigelegt, zu genehmigen.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Fragestunde

DI. Weinhandl:

Es gab im Juni 2015 ein E-Mail von Fr. Dir. Weber von der Volksschule an alle Gemeinderäte, wonach einige Sanierungen den Sommer über in der VS zu tätigen wären. Außerdem hat sie ein Konzept über die mögliche weitere Vorgehensweise betreffend GTS beigelegt. Ist es angedacht mit Fr. Dir. Weber dazu in Kontakt zu treten um zu diskutieren und die erf. Sanierungsarbeiten anzugehen?

Bürgermeister:

Selbstverständlich wird er in Kontakt treten und Gespräche führen.

DI. Weinhandl:

Was ist angedacht, was alles repariert werden soll?

Bürgermeister:

Es gibt noch einigen Spielraum in den Ferien, er will alles bestmöglich erledigen.

DI. Weinhandl:

Gibt es ein konkretes Konzept, wann die einzelnen Sachen erledigt werden?

Bürgermeister:

In 2-3 Wochen.

DI. Weinhandl:

Das vorliegende Konzept der Fr. Dir. Weber wird wann mit ihr besprochen?

Bürgermeister:

Er will heuer noch Gespräche führen und schauen wann was gemacht werden kann.

Bausch:

Es gibt eine Rodung im Bereich Aschenbachtal in Bachnähe. Was passiert hier?

Bürgermeister:

Dies geht über die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung und die Baubezirksleitung, Abt. Wasserrecht.

Soboth:

Im Bereich der L369 gibt es in Wagersbach eine neue Straßenbeleuchtung?

Bürgermeister:

Die Fa. Purkarthofer hat hier die Leitungen unter die Erde verlegt und dabei auch die Verkabelung der Straßenbeleuchtung mitgemacht. Die jetzigen Leuchten sind eine Ersatzlösung die uns von der Fa. Purkarthofer angeboten wurde und uns nichts kostet. Die Leuchten wurden aufgestellt, damit die Fa. Purkarthofer die Masten wegräumen konnte.

Kozel:

Wie weit stimmt es, dass in der öffentlichen Volksschule kein Trinkwasser zur Verfügung steht?

Bürgermeister:

Trinkwasser steht natürlich zur Verfügung. Es hat mit der Entkalkungsanlage ein Problem gegeben, diese ist aber am selben Tag repariert worden. Es wurde am selben Tag auch Trinkwasser in Flaschen zur Verfügung gestellt.

Vorstand Konrad Markus:

Warum ist der Bereich um das „Hörzer-Denkmal“ in der Wagersfeldsiedlung so vernachlässigt?

Bürgermeister:

Die Erhaltung dieses Bereiches obliegt der Wassergenossenschaft, die Gemeinde mäht diesen Bereich lediglich mit. Teilweise wird dort auch neu angeschottert.

Bartoska:

Gibt es ein Schriftstück das besagt, dass eine 5. Kindergartengruppe genehmigt wurde?

Bürgermeister:

Nein, ein solches Schriftstück gibt es nicht. Es gibt ein Schriftstück, dass die Bedarfsprüfung positiv abgeschlossen wurde.

Vizebgm. Kaufmann:

Die 5. Gruppe ist genehmigt, die Gemeinde kann alle Kinder aufnehmen.

Bürgermeister:

Das stimmt nicht. Uns wurde bereits vor Monaten versprochen, ein entsprechendes Schriftstück dazu zu bekommen, bekommen haben wir dann nichts. Erst vor ein paar Tagen ist das Schreiben über die positive Bedarfsprüfung bei uns eingelangt.

Vorstand Konrad Markus:

Ist im Bereich von Aschenbachtal eine Geschwindigkeitsbeschränkung angedacht?

Bürgermeister:

Wenn es ein entsprechendes Ansuchen der Anrainer gibt, wird dieses in der Gemeinde behandelt.

Konrad Christian:

Es geht um den Wohnungsbau in der Kerscheckstraße – gibt es für den Bereich eine rechtskräftige Rodungsbewilligung?

Bürgermeister:

Dieser Wohnbau hat nichts mit der Rodung in diesem Bereich zu tun. Die Wohneinheiten stehen auf der anderen Seite. Die Bewilligung der Rodung ist Sache des Grundeigentümers, die wird er sicher eingeholt haben.

Vizebgm. Kaufmann:

Er ergänzt, dass dies keine Rodung ist, sondern ein Kahlschlag, der von der zuständigen Behörde genehmigt wurde.

Czerny:

Frage an Vizebgm. Kaufmann:

Du hast eine neue Kleidersammelbox bei der Müllinsel in der Brunnenstraße aufstellen lassen – hierfür gibt es keinen Beschluss eines Gremiums der Gemeinde. Die Gemeinde war über die Aufstellung der Box nicht informiert.

Vizebgm. Kaufmann:

Er hat sich im Vorfeld zu wenig darüber informiert, ob er als Privatmann die Aufstellung einer solchen Box veranlassen kann. Dies war ein Fehler. Er hat nicht im Auftrag der Gemeinde verhandelt und nur eine Anfrage an die Fa. gestellt.

Bürgermeister:

Dies stimmt so nicht. Die Box wurde definitiv bestellt und zwar vom *Vizebgm.* Kaufmann.

Sollten solche Wünsche an die einzelnen Politiker herangetragen werden, so müssen diese zwingend über die Gemeinde abgewickelt werden.

Vizebgm. Kaufmann:

Die Box wird hoffentlich nicht mehr abtransportiert. Es gibt viele Bewohner in der Gemeinde, denen es nicht so leicht möglich ist, die Altkleider zu den Sammelzeiten für Sperrmüll ins Abfallsammelzentrum zu bringen.

Bürgermeister:

Die Vorgehensweise wie sie von Vizebgm. Kaufmann gewählt wurde ist so nicht ok.

Wenn es Wünsche seitens der Bevölkerung gibt, sollten diese an die Gemeinde herangetragen werden, die diese dann bestmöglich umsetzen wird.

DI. Weinhandl:

Es hat Ende Mai eine Fraktionsführersitzung gegeben, ohne dass die GFV dazu eingeladen wurde. Es gibt aber den Wunsch, dass auch wir dabei sein dürfen. Es gibt Vorschläge zu einzelnen Themen, z. B. öffentliche Verkehrsanbindung der Generationenstraße. Wann kann man diese vorbringen?

Bürgermeister:

Es hat *keine* Fraktionsführersitzung gegeben. Diverse Vorschläge zu Projekten sind aber immer erwünscht. Man kann bei diversen Ausschusssitzungen immer seiner Vorstellungen vortragen. Bei der Verkehrsanbindung Generationenstraße bzw. SeneCura gibt es aber viele Vorgaben seitens der beteiligten Behörden.

DI. Weinhandl:

Die Vorschläge sind aber eher organisatorischer Natur, nicht baulich, deshalb eher intern zu diskutieren. Kann dies in den nächsten Monaten stattfinden?

Bürgermeister:

Ja, wird notiert. Die Einladung geht dann entsprechend hinaus.

Czerny:

Sind die Gräben schon alle geputzt?

Bürgermeister:

Wir sind zu 99% fertig, in Aschenbachberg gibt es noch kleine Teile und in Eisental ist noch ein Kanalrohr freizulegen. Der Rest ist fertig.

Bausch:

Darf man jetzt in der Generationenstraße fahren oder nicht? Es gibt dort immer mehr Verkehr. Die Fahrverbotstafel bei der SeneCura steht auch nicht mehr.

Bürgermeister:

Nein, die Straße ist noch gesperrt, da die Verfahren noch nicht abgeschlossen sind. Er wird sofort veranlassen, dass die Tafeln wieder aufgestellt werden. Es ist lediglich die Zufahrt für Landwirte möglich.

Bausch:

Es wäre aber gut die Absperrung, so wie im Gemeinderatsbeschluss festgelegt, baulich durchzuführen, alles andere zeigt kaum Wirkung.

Konrad Martin:

Es wurde in der letzten Gemeinderatssitzung über den geplanten Zubau zur Hügellandschule berichtet, aber über keine Kosten.

Wie ist es dann aber möglich, dass Kosten bei diversen Plakaten präsentiert werden, wie kommt man zu solchen Summen? Kann nur im Vorstand oder im Ausschuss, die beide geheime Sitzungen sind besprochen worden sein.

Vizebgm. Kaufmann:

Im Vorstand wurden diese nicht besprochen. Aber was soll daran geheim sein? Hier wird mit öffentlichem Geld gearbeitet.

Bürgermeister:

Sowohl die Vorstands- als auch die Ausschusssitzungen sind geheime Sitzungen, von denen keine Informationen ausgehen sollen.

Vizebgm. Kaufmann:

Dies stimmt so nicht, die Summen sind nicht geheim.

Konrad Christian:

Wie sieht es mit der Arbeitsbekleidung der Wegarbeiter aus?

Bürgermeister:

Ist im Gange.

Konrad Christian:

Die vorhandene persönliche Schutzausrüstung ist zum Teil nicht mehr Stand der Technik, diese wäre dringend anzupassen.

Bürgermeister:

Wird erledigt, die Vorbereitungen dazu laufen.

Kozel:

Die Anschaffung entsprechender Arbeits- und auch Schutzkleidung sollte eine Selbstverständlichkeit sein – diese wurde früher auch jährlich angekauft.

Bürgermeister:

Es wird auch seitens der Gemeinde stets darauf geachtet, dass die Bekleidung in Ordnung ist.

Vizebgm. Kaufmann:

Die bestehende TKV-Anlage im Bereich des Wirtschaftshofes ist eine große Plage, vor allem bei den Anrainern durch die herrschende Geruchsbelästigung. Wann war hier die letzte polizeilich veterinäre Untersuchung und ist dieses Ding überhaupt noch genehmigt?

Bürgermeister:

Er wird in der nächsten Sitzung darüber berichten.

Rieberer:

Wie viele Kinder besuchten 2014/2015 die Hügellandschule und wie viele davon die NMS? Wie viele Kinder sind 2015/2016 insgesamt für die Hügellandschule angemeldet?

Bürgermeister:

Er wird diese Anfrage auch in der nächsten Sitzung beantworten.

Gries:

Wie schaut es mit der Ausschreibung der Reinigungskräfte für Hügellandschule und Kindergarten aus?

Bürgermeister:

Diese ist in Vorbereitung.

Rieberer:

Anfrage an den Umweltausschussobmann und den Bürgermeister:
Wurde der Mähdrescher Deutz bereits repariert?

Bürgermeister:

Er wurde noch nicht repariert, aber die Reparatur ist beauftragt.

Rieberer:

Herr Schemmerl hatte letztes Jahr einen Unfall und dadurch konnte er den Mähdrescher nicht entsprechend reinigen. Ist dies dem Bürgermeister bzw. der Gemeinde bekannt gewesen?

Bürgermeister:

Dies war ihm nicht bekannt. Herr Schemmerl hat allerdings angegeben, dass beim letzten Mal beim Wenden des Mähdreschers das Glas hinten beschädigt wurde.

Rieberer:

Es geht im Wesentlichen darum, wie der Mähdrescher überwintert wurde.

Bürgermeister:

Er wird dies nachrecherchieren.

Vizebgm. Kaufmann:

Nach der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates wurden Fotos gemacht, – wer bezahlt dies?

Bürgermeister:

Er hat den Fotografen beauftragt und auch bezahlt, nicht die Gemeinde.

Premm:

Für mich als neue Gemeinderätin ist die Arbeitsweise in den Ausschüssen und auch teilweise im Gemeinderat sehr befremdlich, da es eine große Ablehnung gegen die GFV gibt. Sie hätte gerne ein kurzes Resümee eines schon länger dienenden Gemeinderates.

Vizebgm. Kaufmann gibt dazu sein Resümee ab:

Es gab in der letzten Gemeinderatsperiode viele Probleme und auch viele Ausgrenzungen und Alleingänge. Bürgermeister hat viele Altlasten zu tragen. Bei gewissen Dingen hat sich leider nicht viel geändert. Es gibt nach wie vor Ausgrenzungen, z. B. Gespräche mit allen Fraktionen, nur nicht mit der GFV.

Bürgermeister:

Diese Gespräche, die schon vorhin angesprochen wurden, hat es nie gegeben. Dies stimmt nicht, und er möchte für solche Behauptungen auch Beweise haben. Wenn jemand zu mir kommen möchte, kann dies jeder!

Vizebgm. Kaufmann:

Es scheint einen „Vorstand im Vorstand“ zu geben, dies ist nicht gut – dies ist ein sehr befremdliches Organ in der Gemeinde. Dann werden gewisse Personen eingeladen und gewisse nicht, wo dann vorgegaukelt wird, dass dies der Vorstand sei.

Wichtige Projekte wie Hochwasserschutz oder Anbindung Generationenstraße an die Landesstraße wurden sogar unter Altbgm. Baumhackl unter breiter Beteiligung des Gemeinderates abgearbeitet. Breite Beteiligung des Gemeinderates gewünscht, da es Mitglieder im Gemeinderat gibt, die viel Ahnung vom Bauen haben.

Bürgermeister:

Es kann sich jeder einbringen. Wir arbeiten im Jetzt und Heute und schauen in die Zukunft. Es gibt keinen „Vorstand im Vorstand“ und es gibt auch keine Fraktionssitzungen, wo einer ist und einer nicht.

Punkt 3.) Berichte

Der Bürgermeister beantwortet die Anfragen aus der letzten Sitzung:

2.Vizebgm. Kaufmann:

Es gibt noch eine Reihe von offenen Anfragen aus den Sitzungen des Vorjahres:

1.) Gemeinderat-Sitzung 13.3.2014: Anfrage Gemeinderat Rieberer – dürfen Bäume neben Straßen gefällt werden? – bislang noch keine Antwort.

Im Zuge des Strauchschnittes entlang von Straßen wurden mit dem UNIMOG Hollunderbüsche aus Hecken entlang der Straße herausgeschnitten. Dabei wurde beim Zurückherausfahren des Mähgerätes ein angrenzender Baum unabsichtlich so stark beschädigt, dass dieser entfernt werden musste.

2.) Gemeinderat-Sitzung 8.7.2014: wurde die sog. Generationenstraße bewilligt?
ist die Straße jetzt öffentlich?

wie hoch sind die Verwaltungs- und Anwaltskosten um hier ein Verfahren gegen den Altbürgermeister zu verhindern?

Das gesamte Baubewilligungsverfahren für die Generationenstraße läuft noch (insgesamt 4 Stufen). Es wurde die 4. und letzte Stufe eingereicht – Abschluss etwa August 2015.

Die Straße ist auch nach der Baubewilligung keine öffentliche Straße (mit EZ 50000), sondern eine Straße im Gemeindeeigentum.

Verwaltungs- und Anwaltskosten bisher: € 28.954,38

3.) Gemeinderat-Sitzung 9.9.2014: Anfrage Gemeinderat Sixt – Kosten Zahlbruckner seit 2010 wurden vorgelegt und mit rd. € 210.000,00 beziffert – nicht jedoch die geforderte Liste für noch laufende Projekte – diese sollte nachgereicht werden;

Es gibt dazu ein Schreiben von Dr. Zahlbruckner vom 22. September 2014 über noch offene Projekte und Rechnungen.

Laut Buchhaltung wurden alle bisher bekannten Kosten der Aufstellung vom 22. September 2014 abgerechnet.

Projekt	Status
Friedhof	lfd.
Übernahme Kanalanlage Teil Brückenstraße	abgerechnet
Altes Gemeindeamt – WE-Vertrag, Parifizierung	lfd.
Verfahren Krankenanstalten Sportchirurgie Plus	lfd.
Sozialzentrum	abgerechnet
Kuranstalt/Kinderreha-Zentrum	abgerechnet
Schulfragen allgemein	abgerechnet
Schulsprengel	lfd.
Schulerhaltungsbeitrag Hausmannstätten	lfd.
freiwerdendes Schulvermögen Hausmannstätten	lfd.
öffentliche Volksschule/Umbau 2014	abgerechnet
öff. Volksschule/Barrierefreiheit	abgerechnet
Hügellandschule allg.	lfd.
priv. Bauvorhaben	lfd.
Bauverfahren/Organisation	abgerechnet
Liegenschaft „Ostara“	lfd.

4.) Anfrage Gemeinderat Soboth wegen Brunnschützweg - derzeitiger Stand wegen abgestellter Autos;

Wurde bereits in der letzten Sitzung berichtet.

5.) Anfrage Gemeinderat Soboth wegen der First Responder;

Der Bürgermeister hat im Rahmen einer Hügelland-Vorstandssitzung dieses Projekt im September 2014 angesprochen und als Gesamtprojekt für das Hügelland vorgeschlagen. Mag. Dr. Rabl will daraus ein Sozialprojekt machen.

Derzeit Umstrukturierungen durch Gemeindezusammenlegungen und auch neue LEADER-Förderperiode hat begonnen. Der Bürgermeister will dies bei der nächsten Hügelland-Vorstandssitzung wieder zum Thema machen.

6.) weiteres wurden Sitzbänke angekauft und aufgestellt – wo wurden diese aufgestellt?

<i>Straße</i>	<i>Standort</i>	<i>Stück</i>
<i>Aschenbachberg</i>	<i>Kapelle</i>	<i>1</i>
	<i>Waldstück vor Ortsgebiet Aschenbachberg</i>	<i>1</i>
	<i>Schotterhaufen/-lager Trummer</i>	<i>1</i>
<i>Aschenbachtal</i>	<i>Zufahrt Altbgm. Baumhackl</i>	<i>1</i>
<i>Wagersfeld</i>	<i>Bereich „Denkmal Hörzer“</i>	<i>2</i>
<i>Eisental</i>	<i>Bereich Reisner</i>	<i>1</i>
	<i>Kreuz Zufahrt Knapp</i>	<i>1</i>
<i>Ort Vasoldsberg</i>	<i>Parkplatz Gemeindeamt</i>	<i>1</i>
<i>Birkengreith</i>	<i>Kapelle</i>	<i>1</i>
<i>Birkengreith</i>	<i>Bushaltestelle Pfeifferweg</i>	<i>1</i>
<i>Kolmegg</i>	<i>Haltestelle Schaller</i>	<i>1</i>
<i>Schemerlhöhe</i>	<i>Haltestelle gegenüber FF Nestelbach</i>	<i>1</i>
<i>Steinbergstraße</i>	<i>Bereich Schöngeld</i>	<i>1</i>
<i>Steinberg</i>	<i>Bereich Kläranlage AWG</i>	<i>1</i>

Summe *15*

Die restlichen 5 Stück stehen noch im Wirtschaftshof (davon 2-3 Stk. reserviert für öff. Kinderspielplatz)

7.) Gemeinderat-Sitzung 22.1.2015: Anfrage 2. Vizebgm. Kaufmann wegen Preis für eine Altglasabfuhr und ob eine Aufstockung der Abfuhrtermine sinnvoll ist bzw. das Gemeindebudget sprengen würde;

Abrechnung 2014:

Gesamtkosten für Altglasabfuhr 2014: *€ 6.617,38*

→ *Preis umgelegt theoretisch auf 1 Abfuhr (insgesamt 12 Abfahren 2014):*

€ 551,45, d. s. *rd. € 550,00*

8.) *ebenso sind die derzeitigen Haftungen beim Abwasserverband vorzulegen;*

siehe dazu Beilage 8 – Gesamthaftungssumme mit Stand 31.12.2014:

€ 4,245.136,08

9.) Gemeinderat-Sitzung 19.2.2015: aktueller Stand Verfahren Therapiezentrum;

Stellungnahme Dr. Zahlbruckner liegt vor! Siehe dazu auch Anfrage Pkt. 22!

10.) Kaufvertrag UNIMOG ist vorzulegen;

liegt vor!

11.) Ausbuchungen Buchhaltung per 31.12.2014 sind vorzulegen;

Es gab 2014 seitens der Buchhaltung keine Ausbuchungen!

12.) Strauchschnitt Grazstraße in einem Privatwegbereich – ob dies rechts ist oder ob die Gemeinde einfach bei einem Privatweg einen Strauchschnitt machen kann;

Anfrage eines Anrainers mit der Bitte seine Hecke mitzuschneiden – wurde seinerzeit vom Bürgermeister zugesagt. Es war eine einmalige Zusage.

13.) DI. Weinhandl:

Gibt es ein Konzept bzw. einen Plan, wie die Hügellandschule in den nächsten Jahren weitergeführt werden soll? Sind auch Erweiterungsmöglichkeiten vorgesehen? Bitte hier um Auskunft.

Bürgermeister:

Er will das Konzept und den Plan dazu in der nächsten Bauausschusssitzung vorstellen.

Der Plan ist im Bauausschuss vorgestellt worden.

Weitere Berichte dann dazu in der nächsten Gemeinderatssitzung.

Wird im Tagesordnungspunkt 10.) behandelt.

14.) Konrad Christian:

Aktueller Stand bei der geplanten Buserschließung Sozialzentrum?

Derzeit wird die Einfahrtssituation von der Landesstraße in die Generationenstraße vorbereitet – DI. Fallast wurde dazu mit den Planungsarbeiten beauftragt. Die Genehmigung der Einfahrt ist Voraussetzung für Genehmigung der Linienenerweiterung seitens des Landes Steiermark.

Die Umkehre wurde fertig ausgebaut.

15.) Gries:

Wie ist der derzeitige aktuelle Stand beim Hochwasserschutz Prenterbach?

Derzeit Diskussion mit den Anrainern wegen möglicher Ausführungsvariante. Letztes Gespräch mit Anrainern, Land Steiermark, Landwirtschaftskammer und Gemeinde am 3. November 2014. Dabei wurde vereinbart, dass die Landwirtschaftskammer bei den weiteren Verhandlungen dabei ist und auch bei der Ermittlung von Entschädigungskosten unterstützt.

Telefonat dazu mit der Abt. 14 am 6. Juli 2015:

Derzeit werden mögliche Grundstückspreise ermittelt. Dann wieder Gespräche mit den Anrainern.

16.) Tourismusverband – unrechtmäßige Geldmittelnutzung

Stellungnahme Zahlbruckner liegt vor!

17.) Rieberer:

Wie hoch ist die Kulanzzahlung der Versicherung für das abgebrannte Buswartehäuschen?

Die Rechnungen über die Wiedererrichtung wurden zusammengefasst. Bis zum heutigen Tag ist über einen Kulanzbetrag noch keine Entscheidung bei uns eingelangt, wird jedoch für die nächsten Tage erwartet.

18.) Bürgermeister:

Das Therapiezentrum wird dzt. auf Wahlarztbasis geführt, d. h. die Kosten müssen die Patienten zuerst selbst bezahlen und bekommen diese dann von der jeweiligen Krankenkasse ersetzt.

Die Rechtsanwaltskosten bisher für dieses Verfahren belaufen sich auf insgesamt € 16.903,00.

Rieberer:

Er hätte dazu gerne eine Aufstellung der eingenommenen Mieten zu diesen Kosten als Gegenüberstellung.

Aufstellung lt. E-Mail ÖWGes 3. Juli 2015:

Mieteinnahmen 2014:

UG: € 18.389,07

EG: € 22.347,23

Gesamt: € 41.347,23

19.) 2. Vizebgm. Kaufmann:

Er hätte gerne eine Aufstellung der bisherigen Rechnung 2015 von Dr. Zahlbruckner vom 1.1.2015 bis zum heutigen Tag mit einer genauen Aufstellung für was und für wen.

Rechnungen für die Gemeinde, Leistungszeitraum ab 2013:

<i>Grund</i>	<i>Betrag</i>
<i>Liegenschaft Ostara</i>	<i>€ 914,64</i>
<i>Europ. Partei Ostara, Kostenvorschuss</i>	<i>€ 2.500,00</i>
<i>Europ. Partei Ostara, Ref. Ausgaben</i>	<i>€ 55,00</i>
<i>Umbau Landesstr.</i>	<i>€ 483,96</i>
<i>Kanal Brückenstraße, Entschädigungszahlung</i>	<i>€ 707,94</i>
<i>VS Hausmannstätten, Abr. 2014</i>	<i>€ 359,16</i>
<i>Volksschule, Zu u. Umbau GTS 7/13-12/14</i>	<i>€ 2.475,90</i>

BV Generationenstr.	€	3.811,14
Schulerhaltsbeitrag 6-12/14	€	2.891,98
Gutschrift Abrechnung Kanal, BV. Brückenstraße	-€	283,81
BV Generationenstr.	€	2.443,38
priv. BV	€	5.599,36
Hügellandschule, Logoverwendung KPÖ	€	486,84
BV Generationenstraße	€	4.775,52
priv. BV	€	2.549,98
Hügellandschule, Aufhebung der Wid- mung	€	1.063,12
öffentl. Volksschule, Schulgrund	€	3.231,84
öffentl. Volksschule Umbau 2014	€	1.491,98
priv. BV	€	5.764,38
öffentl. VS ZU und Umbau	€	1.332,60
Hügellandschule Erhebungen Schulliegenschaft	€	4.586,03
Hügellandschule Verfahren für Mitver- wendung Schulräumlichkeiten	€	3.138,12
Frei werdendes Schulvermögen VS Hmst.	€	686,52
priv. BV.	€	1.103,04
BV Generationenstraße	€	3.213,83
priv. BV.	€	6.416,17
öffentl. VS /Umbau 2014, Best. Schulbehörde	€	125,76
Feststellungsantrag Schulliegenschaft	€	3.215,80
Gesamtsumme	€	65.140,18

Rechnungen für die KG, Leistungszeitraum ebenfalls ab 2013:

Grund	Betrag
Altes Gemeindeamt/Bewertung, Veräußerung	€ 1.591,44
Ambulatorium Verfahren nach KALG	€ 3.840,00
Ambulatorium Verfahren, rechtl. Begleitung	€ 4.080,18
Gesamtsumme	€ 9.511,62

20.) Premm:

Welche Kosten laufen für die ehemalige Bürgerservicestelle an?

€ 31,24 Miete Kopierer
 € 294,00 Betriebskosten
 € 178,80 Reinigung
€ 1.067,00 Miete
€ 1.571,04 Gesamtkosten pro Monat

21.) 2. Vizebgm. Kaufmann:

Dann muss ich dich hier leider aufklären:

Es ist zu hinterfragen, ob wir beim derzeitigen Verfahren noch in der Pflicht sind. Er verliest einen Auszug aus dem seinerzeitigen Beschluss. Tatsache ist, dass dieses Urteil vom VwGH gefällt wurde, es steht in Rechtskraft und das Verfahren ist somit beendet. Wir haben jetzt ein neues Verfahren. Und wenn jetzt die Gemeinde den Dr. Zahlbruckner wieder beauftragt, ohne vorher den Gemeinderat zu befragen, dann ist dies eine grobe Missachtung des Gemeinderates und nicht rechtens. Und darum geht es.

Bürgermeister:
Wir werden dies prüfen.

2. Vizebgm. Kaufmann:
Das hätte man schon längst prüfen müssen, Dr. Zahlbruckner ist ja schon längst tätig. Es wurde meines Wissens auch nicht im Vorstand beschlossen, oder? Demnach ist Dr. Zahlbruckner ohne gültigen Beschluss tätig.

Bürgermeister:
Er wird dies prüfen und darüber berichten.

Es wurde in der Anfrage Pkt. 9.) darüber berichtet.

22.) Betrifft TOP 7.) der Gemeinderatssitzung vom 19. Mai 2015

Der Bürgermeister stellt den Vertragsentwurf und den dazugehörigen Plan dem Gemeinderat vor. Für die Behebung eines Kabelschadens auf Landesstraßengrund im Bereich der gemeindeeigenen Straßenbeleuchtung Schemerlhöhe ist jetzt dieser Vertrag abzuschließen.

Soboth:
Wie hoch belaufen sich die Kosten für die Reparatur des Kabels?

Kosten laut Buchhaltung:

Rechnung Fa. Großschädl:	€ 1.460,88 inkl.
<u>Arbeitszeit und Geräte Gemeinde:</u>	<u>€ 1.305,51 inkl.</u>
<u>Gesamtsumme</u>	<u>€ 2.766,39</u>

Anschließend werden vom Bürgermeister folgende Berichte vorgebracht:

1) Bedarfsprüfung für die 5. Kindergartengruppe konnte jetzt vom Land positiv abgeschlossen werden – das Schreiben der Fachabteilung dazu wird präsentiert.

Vizebgm. Kaufmann:
Dies hat die Gemeinde verbockt. Es wurde der Antrag nicht richtig gestellt, deshalb hat es zweimal behandelt werden müssen, um eine pos. Bedarfsprüfung zu bekommen.

Bürgermeister:
Es mussten nicht zwei Anträge gestellt werden, sondern es mussten zwei Bedarfsprüfungen seitens des Landes gemacht werden, die erste hat sich auf das lfd. Kindergartenjahr bezogen, die zweite auf das künftige. Alle Gemeinden, die um zusätzliche Gruppe angesucht haben, haben bis jetzt noch keine Zusage.

2) Hochwasserschutz Wagersfeld

Hier wurden Gespräche mit einer Anrainerin geführt, deren Name vom Bürgermeister auch genannt wurde.

Der bisherige Planungsstand in diesem Bereich wurde vorgestellt. Kostenteilung Bund : Land : Gemeinde wurde mit 40 : 40 : 20 mündlich zugesagt.

Es wird eine Variante mit einer Mauer auf dem betreffenden Grundstück der Anrainerin vom Land favorisiert. Alle anderen Varianten kommen für das Land nicht in Frage, da diese auch auf Kosten anderer Anrainer gehen würden. Die betroffene Anrainerin lehnt diese Variante zur Zeit allerdings ab. Die Gemeinde sollte nach ihrem Wunsch das Grundstück komplett ablösen.

Vizebgm. Kaufmann:

Der Bürgermeister sollte den Namen der Anrainerin nicht nennen, dies ist nicht ok.

Bürgermeister:

Gut ok, er hofft aber trotzdem auf eine Einigung.

3) Gespräche mit Fa. Müllex, Hr. Prok. Fritz

Der Bürgermeister berichtet über diese Gespräche. Es wurden diverse Sofortmaßnahmen bei der Glasabfuhr besprochen (Tausch von Kübel gegen größere Container). Weiters soll im Monat Juli eine gemeinsame Erhebung betreffend anfallendem Glas bei den einzelnen Sammelseln durchgeführt werden.

4) Anerkennung der Region Hügelland östlich von Graz als Leader-Region

Hier wurden die einzelnen Regionen österreichweit bewertet und Hügelland östlich von Graz als eine der drei besten Regionen ausgezeichnet.

5) Sandsäcke füllen mit der Feuerwehr

Rund 900 Säcke wurden von der Feuerwehr gemeinsam mit Gemeindemitarbeitern befüllt und damit für einen möglichen Einsatz vorbereitet. Dank an Vorstandsmitglied Markus Konrad, der die Aktion in die Wege geleitet hat.

6) Dienstauflösung Frau Krachler

Das Dienstverhältnis mit Fr. Krachler als Reinigungskraft in der Hügellandschule musste aufgelöst werden. Sie hatte spät in der Nacht gearbeitet, was aber so nicht möglich ist. Es gibt vorgegebene Dienstzeiten, die seitens Frau Krachler nicht eingehalten werden konnten.

7) Straßenleuchten im Bereich Landstraße vom WH Ninaus bis Laubstraße

Hier hat die Fa. Purkarthofer auf ihre Kosten ein Provisorium aufgestellt. Die Gemeinde wird, sobald möglich, auch diesen Bereich fertigstellen.

8) Vorsprache im politischen Büro LH Schützenhöfer

Der Bürgermeister hat gemeinsam mit Vizebgm. Pfeiffer im politischen Büro um Bedarfszuweisungen angesucht. Man war hier sehr erfolgreich. Es konnten Zusagen über € 90.000,00 für diverse Straßensanierungen, € 28.000,00 für Salzsilo und Straßenbeleuchtung und € 10.000,00 für die Erneuerung der EDV-Anlage im Gemeindeamt erreicht werden.

9) Einbrecher im Abfallsammelzentrum

Am Pfingstsonntag kam es zu einem Einbruchversuch durch zwei Personen im Abfallsammelzentrum. Dies wurde ihm mitgeteilt und er hat dies auch der Polizei gemeldet. Wie es sich später herausstellte, waren es zwei Gemeindefunktionäre.

Eine Besichtigung des Abfallsammelzentrum sollte unter vorheriger Absprache auch so möglich sein, da muss sich niemand durch ein Tor quetschen oder ähnliches. Es gibt dort nichts zu verstecken. Dass nicht immer alles 1A glänzt sollte angesichts des Betriebes dort auch verständlich sein.

Rieberer:

Scheinbar war dies doch ein positives Ereignis, da man draufgekommen ist, dass die Absperrungen in diesem Bereich verbessert werden sollten.

Punkt 4.) Beratung und Beschlussfassung über die Annahme des Gemeinderatssitzungsprotokolls vom 19. Mai 2015

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 19. Mai 2015 wurde allen Gemeinderäten zeitgerecht zugestellt.

Es wurde eine schriftliche Einwendung von der GFV, Vizebgm. Kaufmann, eingebracht. Diese Einwendung wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht (Beilage **B** des Protokolls).

Antrag und Beschluss:

Der Bürgermeister stellt den Antrag, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 19. Mai 2015 mit der vorgelegten Einwendung anzunehmen.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 5.) Beratung und Beschlussfassung über die Entsendung von 3 Vertretern in den Verband Hügelland-Schöcklland

Für den Gemeindeverband Hügelland-Schöcklland sind drei Vertreter aus dem Gemeinderat zu entsenden.

Der Bürgermeister bringt folgenden Vorschlag:

Folgende drei Personen sollen in den Verband entsendet werden:

- ✓ Ing. Bernhard Pfeiffer,
- ✓ Franziska Schögler und
- ✓ Markus Konrad

Kozel:

Warum wurde dies aufgeteilt zwischen Verband und Verein? Wohin wird der Mitgliedsbeitrag bezahlt?

Amtsleiter Linhard:

Die Aufteilung in Verein und Verband hat fördertechnische Gründe. Der Verband musste gegründet werden, damit man weiterhin zu Förderungen kommt. Die Mitgliedsbeiträge bekommt der Verein.

Antrag und Beschluss:

Frau Gemeinderat Schögler stellt den Antrag folgende Personen in den *Verband* Hügelland-Schöcklland zu entsenden:

- ✓ Ing. Bernhard Pfeiffer
- ✓ Franziska Schögler
- ✓ Markus Konrad

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mit 16 : 2 : 3 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten haben sich die Gemeinderäte DI. Weinhandl und Kozel, dagegen stimmten Vizebgm. Kaufmann und die Gemeinderäte Rieberer und Premm.

DI. Weinhandl:

Warum werden die Vertreter der Gemeinde durch Gemeinderäte besetzt? In den Vorgaben des Verbandes ist dies anders vorgesehen. Es soll überwiegend nicht von öffentlichen Personen besetzt werden (51%).

Ing. Pfeiffer:

Es ist, wie vorgesehen, der Vorschlag vorgebracht worden, Frau Franziska Schögler agiert hier als Privatperson.

Vizebgm. Kaufmann:

Dies steht so nicht drinnen. Die Vorgabe von Hügelland östlich von Graz lautet anders. Mein Statement dazu:

Er findet den Vorschlag nicht ok, da bei den Förderungen doch immer mehr die Regionen in den Vordergrund rücken.

Frau Schögler ist eine schlechte Wahl, sie hat bislang seinem Wissen nach noch keine einzige Wortmeldung in den bisherigen Sitzungen des Gemeinderates abgegeben und wird die Gemeinde daher auch nicht entsprechend vertreten (können). Man muss dort mitreden können (und wollen).

Bürgermeister:

Diese Aussagen sind überflüssig.

Czerny:

Frau Schögler als „g´standene“ Landwirtin ist sehr wohl eine gute Wahl.

Punkt 6.) Beratung und Beschlussfassung über die Entsendung von 4 Vertretern in den Verein Hügelland östlich von Graz

Für den Verein Hügelland östlich von Graz sind vom Gemeinderat insgesamt 4 Vertreter in die Vollversammlung zu entsenden.

Der Bürgermeister schlägt folgende Personen für die Entsendung in den Verein Hügelland östlich von Graz vor: Ing. Bernhard Pfeiffer, Franziska Schögler, Dr. Daniel Waldhuber und Markus Konrad

Antrag und Beschluss:

Der Bürgermeister stellt den Antrag, folgende Personen in den Verein Hügelland östlich von Graz zu entsenden:

- ✓ Ing. Bernhard Pfeiffer
- ✓ Franziska Schögler
- ✓ Dr. Daniel Waldhuber
- ✓ Markus Konrad

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mit 17 : 4 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten hat sich Gemeinderat DI. Weinhandl, dagegen stimmten Vizebgm. Kaufmann und die Gemeinderäte Rieberer und Premm.

Punkt 7.) Beratung und Beschlussfassung über die 24. Änderung im Flächenwidmungsplan 4.0, VF 4.24 „Haselsteiner“

Die Unterlagen zu diesem Beschlusspunkt werden vom Bürgermeister vorgestellt.

Betreffend Kanalerschließung dieses Bereiches wird es eine Vereinbarung mit der Marktgemeinde Hausmannstätten über die Kostenaufteilung geben.

Auch die Zufahrtssituation wurde angesprochen.

Der Amtsleiter erläutert dazu die vorliegenden Schriftstücke, sodass die Zufahrt auf die betroffenen Grundstücke gewährleistet ist.

DI. Weinhandl:

Zustimmung des Nachbarn Hirz für die Zufahrt liegt schriftlich vor?

Amtsleiter Linhard:

Noch nicht, aber es wurde bei der BBL SZ darum angesucht. Es gibt weiteres einen AV über ein Telefonat der Kollegin vom Bauamt mit Grundbesitzer Haselsteiner, wonach dieser bereit ist, nach Rücksprache mit der BBL und Herrn Kohl, bei negativer Stellungnahme von Hirz die Zufahrt auch über ein anderes, eigenes Grundstück zu gewährleisten.

Bürgermeister:

Bauinteresse seitens Hirz bzw. eines Interessenten für das Grundstück wurde bereits bekundet, sodass dies hier kein Problem darstellen sollte.

Der Beschlussvorschlag wird vorgestellt.

Vizebgm. Kaufmann:

Was jetzt noch fehlt ist der Nachweis über den tierhaltenden Betrieb.

Bürgermeister:

Dieser Punkt wurde abgehandelt. Es handelt sich um den eigenen Betrieb Haselsteiner und dieser macht schon seit Jahren keine Tierhaltung mehr. Damit ist er nicht mehr relevant.

Vizebgm. Kaufmann:

Es braucht trotzdem einen Nachweis dafür.

Url:

Es ist dort der gesamte Bereich bereits verbaut, einzig die beiden Grundstreifen stehen noch zur Verfügung. Es gibt keine Tierhaltung mehr in diesem Bereich.

Bürgermeister:

Es war dies bei der Besprechung mit dem Raumplaner auch Thema. Es gibt nur kein Schriftstück dazu.

Antrag und Beschluss:

Gemeinderat Czerny stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag für die 24. Änderung im Flächenwidmungsplan 2.0 der Marktgemeinde Vasoldsberg samt der dazugehörigen Verordnung wie folgt anzunehmen:

*Gemäß §39 Abs.1 Ziff.3 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 in der Fassung LGBl. 140/2014 beschließt der Gemeinderat der Marktgemeinde Vasoldsberg im Rahmen seiner Sitzung am **09.07.2015** die Änderung 4.24 im Flächenwidmungsplan vorzunehmen. Weiters beschließt der Gemeinderat den Wortlaut zur gegenständlichen Änderung.*

Mit der gegenständlichen Änderung sollen Teilflächen des Grundstückes 346/2 KG Wagersbach als Bauland der Kategorien „Dorfgebiet“ (DO) und „Reines Wohngebiet“ (WR) mit einer Bebauungsdichte von 0,2-0,4 ausgewiesen werden. Gleichzeitig werden Teilflächen der Grundstücke .49, 363/1 und 364/2 KG Wagersbach als Verkehrsfläche festgelegt.

Die Anhörung der Anrainer und Betroffenen wurde im Sinne von §39 Abs.1 Z3 Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010 idgF durchgeführt. Zur beabsichtigten Änderung langten folgende Stellungnahmen im Gemeindeamt ein.

1. Amt der Stmk. Landesregierung, Abteilung 16, OAR Braunegger, mit Schreiben vom 29.06.2015 zu GZ 680.00-2264/2015

Es wird mitgeteilt, dass ein Verkehrskonzept vorgelegt bzw. Antrag auf Zufahrtsgenehmigung bei der Baubezirksleitung Steirischer Zentralraum gestellt wurde. Vorbehaltlich des Abschlusses eines Zufahrtsvertrages wird der Änderung im Flächenwidmungsplan zugestimmt.

Raumplanerische Stellungnahme:

Die Zufahrtsgenehmigung ist ein selbstständiges Verfahren, welches vom Grundeigentümer betrieben wird. Die Eignung der Erschließung des Areals ist jedenfalls gegeben. Somit ist die gegenständliche Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeinderat: zur Kenntnis genommen

2. Amt der Stmk. Landesregierung, Abteilung 13, Mag. Schwaberger, mit Schreiben vom 03.07.2015 zu GZ ABT13-10.200-59/2015-4

Es wird mitgeteilt, dass kein Einwand gegen die Änderung besteht, jedoch folgender Mangel vorliegt:

1) Die nachweisliche Zustimmung der Landesstraßenverwaltung zur Errichtung der Zufahrtsstraße ist erforderlich, ansonsten wäre dies als Aufschließungserfordernis festzulegen.

Raumplanerische Stellungnahme:

Im Zuge des Anhörungsverfahrens hat die Landesstraßenverwaltung die Eignung der Zufahrt bestätigt und es wurde bereits um Zufahrtsgenehmigung zur Landesstraße angesucht. Somit ist die Erschließung sichergestellt und liegt kein Aufschließungserfordernis vor.

Gemeinderat: zur Kenntnis genommen

Daher liegen sämtliche Voraussetzungen für die Durchführung der Änderung im Sinne des §39 Abs. 1 Z.1 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 idF. LGBl 140/2014 vor und wird die Änderung wie folgt beschlossen:

- 1) Eine Teilfläche des Grundstücks 364/2 KG Wagersbach, in einem Ausmaß von ca. 675 m², wird als Bauland der Kategorie „Dorfgebiet“ (DO) gem. §30 Abs.1 Z7 StROG 2010 idF LGBl 140/2014 mit einer Bebauungsdichte von 0,2 - 0,4 ausgewiesen.*
- 2) Eine Teilfläche des Grundstückes 364/2 KG Wagersbach in einem Ausmaß von ca. 1.535 m², wird als Bauland der Kategorie „Reines Wohngebiet“ (WR) gem. §30 Abs.1 Z1 StROG 2010 idF LGBl 140/2014 mit einer Bebauungsdichte von 0,2 - 0,4 ausgewiesen.*
- 3) Teilflächen der Grundstücke .49, 363/1 und 364/2 KG Wagersbach, in einem Ausmaß von ca. 760 m², werden als Verkehrsfläche gem. §32 Abs.1 StROG 2010 idF LGBl 140/2014 ausgewiesen. Die Erschließungsstraße hat eine Straßenraumbreite von zumindest 6,0 m aufzuweisen.*

Die planliche Darstellung (Projekt-Nr. 2015/11), bestehend aus Alt- und Neu-Zustand, verfasst von MALEK Herbst Architekten ZT GmbH, stellt einen Bestandteil dieses Beschlusses dar.

Dieser Beschluss stellt eine Verordnung der Gemeinde dar und wird nach Ablauf der Kundmachungsfrist gemäß §92 der Gemeindeordnung rechtskräftig.

Für diesen Beschluss ist mindestens 2/3 Mehrheit erforderlich.

Marktgemeinde Vasoldsberg

KUNDMACHUNG

Änderung Nr. 4.24 im Flächenwidmungsplan 4.0 „Haselsteiner“

*Gemäß §38 Abs. 6 iVm. §39 Abs. 1 Z.3 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 in der Fassung LGBl. Nr. 140/2014 beschließt der Gemeinderat der Marktgemeinde Vasoldsberg im Rahmen seiner Sitzung am **09.07.2015** die im Folgenden beschriebene 22. Änderung (planliche Darstellungen samt dazugehörigem Wortlaut) im Flächenwidmungsplan 4.0 vorzunehmen.*

BESCHREIBUNG DER ÄNDERUNG:

- 1) Eine Teilfläche des Grundstücks 364/2 KG Wagersbach, in einem Ausmaß von ca. 675 m², wird als Bauland der Kategorie „Dorfgebiet“ (DO) gem. §30 Abs.1 Z7 StROG 2010 idF LGBl 140/2014 mit einer Bebauungsdichte von 0,2 - 0,4 ausgewiesen.
- 2) Eine Teilfläche des Grundstückes 364/2 KG Wagersbach in einem Ausmaß von ca. 1.535 m², wird als Bauland der Kategorie „Reines Wohngebiet“ (WR) gem. §30 Abs.1 Z1 StROG 2010 idF LGBl 140/2014 mit einer Bebauungsdichte von 0,2 - 0,4 ausgewiesen.
- 3) Teilflächen der Grundstücke .49, 363/1 und 364/2 KG Wagersbach, in einem Ausmaß von ca. 760 m², werden als Verkehrsfläche gem. §32 Abs.1 StROG 2010 idF LGBl 140/2014 ausgewiesen. Die Erschließungsstraße hat eine Straßenraumbreite von zumindest 6,0 m aufzuweisen.

Die planliche Darstellung (Projekt-Nr. 2015/11), bestehend aus Alt- und Neu-Zustand, verfasst von MALEK Herbst Architekten ZT GmbH, stellt einen Bestandteil dieses Beschlusses dar.

Die Anhörung der Anrainer und Betroffenen sowie Übermittlung der Anhörungsunterlagen an die zuständige Abteilung des Amtes der Stmk. Landesregierung wurde im Sinne des §39 Abs.1 Z.3 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 idF LGBl. 140/2014 durchgeführt.

Diese Verordnung tritt gemäß § 92 der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 idF LGBl. 131/2014 mit dem auf den Ablauf der Kundmachungfrist folgenden Tage in Kraft.

Für den Gemeinderat:

Der Bürgermeister:

angeschlagen am:

abgenommen am:

Der Antrag wurde mit 20 : 1 Stimme mehrheitlich angenommen.

Gemeinderat Rieberger hat sich der Stimme enthalten.

Punkt 8.) Beratung und Beschlussfassung über die Auflage der 3. Änderung des 4.0 Örtlichen Entwicklungskonzeptes und der 25. Änderung des Flächenwidmungsplanes („Luggin“)

Der Plan zur geplanten Auflage der 3. Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes 4.0 und der 25. Änderung des Flächenwidmungsplanes 4.0 im Bereich Luggin, Feldstraße wird dem Gemeinderat vorgestellt und erläutert.

Es soll jetzt das Örtliche Entwicklungskonzept in diesem Bereich geringfügig geändert werden. Beim Flächenwidmungsplan soll eine Fläche von rd. 996 m² von „Industriegebiet I“ in Bauland „Allgemeines Wohngebiet“ geändert werden. Außerdem soll eine kleine Fläche von „Industriegebiet I“ in „Freiland“ rückgeführt, sowie das restliche verbleibende „Industriegebiet I“ künftig als „Gewerbegebiet“ mit einer Dichte von 0,2 bis 0,4 festgelegt werden.

Der Beschlussvorschlag wird ebenfalls kurz vorgestellt.

Antrag und Beschluss:

Gemeinderat Czerny stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag für die 3. Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes 4.0 und die 25. Änderung des Flächenwidmungsplanes 4.0 wie folgt anzunehmen und auch die Kundmachung dazu zu beschließen:

(1) *3. Änderung des 4.0 Örtliches Entwicklungskonzeptes:*

An der Feldstraße wird ein Funktionsbereich „Industrie- und Gewerbe“ in einen Bereich mit der Überlagerung von 2 Funktionen geändert. Diese zwei Funktionen sind zukünftig „Industrie- und Gewerbe“ sowie „Wohnen“. Typische Baulandausweisungen im Flächenwidmungsplan sind zukünftig das Reine und das Allgemeine Wohngebiet sowie das Gewerbegebiet. Durch die Änderung wird damit eine Weiterentwicklung der Wohnnutzung im Siedlungsansatz an der Feldstraße ermöglicht.

(2) *25. Änderung des 4.0 Flächenwidmungsplanes:*

An der Feldstraße werden Teilflächen des bestehenden Baulandes im Flächenausmaß von rund 996 m² von „Industriegebiet I“ in „Allgemeines Wohngebiet“ geändert. Die übrigen Baulandflächen werden anstelle von „Industriegebiet I“ als „Gewerbegebiet“ festgelegt. Die Änderung dient der Schaffung der Rechtsgrundlage für eine Wohnnutzung (Errichtung eines Einfamilienhauses). Im Zuge der 4.0 Revision wurde zudem die „Industriegebiet I“-Ausweisung aus dem Vorgängerplan übernommen, obwohl dieses aufgrund der geänderten Rechtslage zum Zeitpunkt der Revision dem „Gewerbegebiet“ entsprochen hätte. Es wird das „Industriegebiet I“ daher in „Gewerbegebiet“ korrigiert und damit die Planungsintentionen der Gemeinde mit der richtigen Baulandkategorie fortgeschrieben.

Der Entwurf 3. Änderung des 4.0 Örtlichen Entwicklungskonzeptes und der 25. Änderung des 4.0 Flächenwidmungsplanes, erstellt durch das Technische Büro für Raumplanung, DI Daniel Kampus, Herrengasse 28/1, 8010 Graz, GZ: 15ÖR014, vom 30.06.2015, wird den Gemeinderatsmitgliedern durch den Bürgermeister vorgestellt.

Die öffentliche Auflage gem. § 24 Abs. 1 StROG 2010 soll in der Zeit vom bis (mind. 8 Wochen) stattfinden. In die Unterlagen kann sodann innerhalb der Auflagefrist im Gemeindeamt während der Amtsstunden Einsicht genommen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen schriftlich und begründet beim Gemeindeamt bekannt gegeben werden.

Eine Öffentlichkeitsinformation gem. § 24 Abs. 5 StROG 2010 ist nicht erforderlich, da es sich um keine umfassende Revision des Örtlichen Entwicklungskonzeptes handelt und auch kein Umweltbericht erforderlich ist.

Nach Vorstellung der Auflageunterlagen für die Änderungen und anschließender Diskussion und Beratung stellt Gemeinderat Czerny den Antrag, der Gemeinderat möchte die Auflage wie vorgetragen beschließen.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 10.) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Baumeisterarbeiten für den geplanten Zubau zur Hügellandschule Vasoldsberg

Der Plan für den geplanten Zubau zur Hügellandschule wird vom Bürgermeister dem Gemeinderat vorgestellt. Jetzt sollen für diese Baumaßnahmen die Baumeisterarbeiten vergeben werden. Das beauftragte Planungsbüro Jöbstl hat die Arbeiten dafür ausgeschrieben und der Gemeinde einen Vergabevorschlag dazu vorgelegt.

Soboth:

Wie weit wird der geplante Zubau Richtung Kindergarten kommen?

Bürgermeister:

Circa bis zur halben Böschung. Diese Zubauvariante ist eine günstige Lösung, ohne Besonderheiten. Die Schätzkosten für die Baumeisterarbeiten lagen lt. DI. Jöbstl bei rd. € 212.500,00 netto, die geplante Vergabesumme beträgt jetzt € 178.698 netto.

Die Gesamtkosten belaufen sich – inkl. Planung und MwSt. – auf € 752,160,00. Weiters ist dieses Projekt auch vorsteuerabzugsberechtigt.

Es hat auch bereits Fördergespräche mit dem Land Steiermark gegeben. Dabei wurde im Beisein von Vizebgm. Ing. Pfeiffer mündlich eine Förderung bis zu 50% in Aussicht gestellt, wenn eine möglichst breite Zustimmung dafür gegeben ist.

Die Angebotsaufstellung wurde präsentiert:

Firma	Angebotssumme netto
Fadil Bau GmbH.	€ 175.377,35
Mandlbauer Bau GmbH.	€ 178.698,14
Herzog Bau GmbH.	€ 183.090,03
Lieb Bau Weiz	€ 189.088,82
Kulmer Bau	€ 204.788,06
Roland Berghold Bau	€ 209.684,35

Die vorliegenden Angebote wurden vom Planer DI. Jöbstl geprüft und ein Vergabevorschlag von ihm vorgelegt:

Bei der Fadil-Bau GmbH. gibt es bei der LG 07. Beton- u. Stahlbetonarbeiten von der Seite 50 auf die Seite 71 einen Übertagfehler, es wurde die Summe € 89.295,40 statt € 81.295,40 übertragen. Das ist kein Rechenfehler.

Dadurch ist die Fadil-Bau GmbH. erstgereiht und Bestbieter und wird von uns für die Auftragsvergabe mit der Netto – Auftragssumme von € 175.377,35 vorgeschlagen.

Bürgermeister:

Der Übertragungsfehler der Fa. Fadil-Bau bietet eine schiefe Optik, gerade deswegen, weil man dadurch Bestbieter wird. Daher spricht er sich für die Vergabe der Arbeiten an den Zweitbieter, die Fa. Mandlbauer Bau GmbH. aus.

DI. Weinhandl:

Er hat sich die Unterlagen genau durchgesehen. Laut Bundesvergabegesetz ist ein Übertragungsfehler kein Rechenfehler, daher wäre das Anbot der Fa. Fadil-Bau auch nicht auszuschließen. Die Fa. Fadil-Bau ist durch die Vorreihung Bestbieter und damit spricht auch nichts gegen eine Vergabe an die Fa. Fadil-Bau. Zudem ist der vermeintliche „Rechenfehler“ kleiner als 2 % der Auftragssumme. Außerdem sollte man es vermeiden, dass Projekt in einzelne Gewerke zu „filetieren“, dadurch ist es für den Auftraggeber auch nicht leichter, den Auftrag sollte ein „Generalunternehmer“ bekommen. Zusätzlich gibt es auch keinen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zur Hügellandschule, hier wäre auch vorher ein Konzept zu überlegen gewesen. Die GFV hat sich auch eine Alternative zu diesem Projekt überlegt und diese auch im Bauausschuss vorgestellt.

Bürgermeister:

Hier wurde seitens der GFV tolle Arbeit geleistet. Leider waren die Vorbereitungsarbeiten zu diesem Projekt schon abgeschlossen. Der Schulraum wird jetzt rasch benötigt, bei der Planung wurde hier nur auf das wesentliche Rücksicht genommen.

Bei neuen Projekten sind Alternativideen immer willkommen.

DI. Weinhandl:

Er stellt das Alternativprojekt der GFV mit kurzen Worten vor:

- es wird jetzt rd. 375 m² zusätzlicher Schulraum geschaffen
- das bestehende Gebäude (Zubau 2003 und 2013) hat eine Grundfläche von rd. 450 m²
- daher wäre nach Ansicht der GFV eine Aufstockung des bestehenden Gebäudes sinnvoller als ein Zubau
- die Vorteile dabei wären:
 - keine Erdarbeiten
 - keine zusätzliche Oberflächenentwässerung und auch keine zusätzliche Dachentwässerung
 - geringerer Bebauungsgrad
 - geringere Lärmbelastung
 - zusätzlich rd. 450 m² Terrasse
 - bestehende Klassen südseitig werden besser belichtet
- die Nachteile wären:
 - Aufstockung würde nicht den Bebauungsrichtlinien der Gemeinde entsprechen
 - mehr „Treppensteigen“
 - geringfügig mehr Schatten für öffentliche Volksschule

Der jetzt geplante Zubau ist aus seiner Sicht nicht zweckmäßig und in der Form auch nicht sinnvoll, und deswegen kann er dem nicht zustimmen, obwohl die Vergabe an die Fa. Fadil-Bau korrekt wäre.

Bürgermeister:

Die Vergabe wäre sicher korrekt, trotzdem macht es ein schräges Bild. Daher wäre die Vergabe an den Zweitbieter aus meiner Sicht besser.

Kozel:

Wurde das Angebot nach der Eröffnung korrigiert oder ist die Korrektur schon mitgeschickt worden?

Bürgermeister:

Nein die Korrektur ist von DI. Jöbstl entdeckt worden.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer:

Er teilt die Meinung des Bürgermeisters, wonach es eine schiefe Optik bei der Vergabe an die Fa. Fadil-Bau gäbe, gerade weil man damit zum Bestbieter werden würde.

Kozel:

Gibt es eine schriftliche Förderzusage für den Zubau?

Bürgermeister:

Nein die gibt es nicht, nur mündlich – Vizebgm. Ing. Pfeiffer war Ohrenzeuge. Es ist das Projekt auch noch nicht eingereicht.

Kozel:

Gibt es eine Genehmigung vom Ministerium, wie von der Landesregierung empfohlen?

Bürgermeister:

Es gibt keine Empfehlung seitens des Landes.

Konrad Christian:

Ist der jetzt geplante Zubau dann voll ausgelastet?

Bürgermeister:

Der Platz ist jetzt schon zu eng. Es dürfen ab dem Schuljahr 2016/17 die Räumlichkeiten der öffentlichen VS für die Hügellandschule nicht mehr genutzt werden. Daher werden zwei Klassen fix genutzt und die dritte schon gebraucht. Eine Reserve ist dadurch gegeben. Damit gibt es für die nächsten Jahre genügend Platz.

Vizebgm. Kaufmann:

Gibt es schon die Genehmigung für den Herbst die Räumlichkeiten der öffentlichen VS auch weiterhin zu nutzen?

Bürgermeister:

Ja die gibt es.

Vizebgm. Kaufmann:

Gibt es die Bewilligung seitens des Bundesministeriums für das Weiterführen der Hügellandschule?

Bürgermeister:

Es gibt keinen Bescheid, der besagt dass wir die Hügellandschule das nächste Jahr nicht mehr weiter betreiben dürfen.

Vizebgm. Kaufmann:

Da muss man vorsichtig sein, die Hügellandschule wurde auf die Örtlichkeit gegründet. Und die Örtlichkeit gibt es nach der Zurückgabe der beiden Räumlichkeiten nicht mehr. Da muss man sich darum kümmern, dass vom Bundesministerium die Weiterführung der Schule bewilligt wird.

Bürgermeister:

Die Schule hat nach wie vor ein und dieselbe Adresse, dies hat keine Relevanz.

Vizebgm. Kaufmann:

Das stimmt nicht. wenn uns das Schulrecht entzogen wird, dann haben wir zwar ein schönes Gebäude, mehr aber nicht.

Bürgermeister:

Das ist eine komplett falsche Darstellung. Es wird niemandem ein Schulrecht entzogen. Es gibt einen Bescheid, dass die bestehende Klasse ab 2016/17 nicht mehr von der Hügellandschule genutzt werden darf.

Vizebgm. Kaufmann:

Das sind zwei Paar Schuhe. Einerseits die Bewilligung zur Nutzung von Räumlichkeiten von der öffentlichen Volksschule, andererseits die Bewilligung der Hügellandschule auf die Örtlichkeit, und nicht auf die Adresse. Und das ist das Problem dabei.

Bürgermeister:

Die Bewilligung geht auf die Adresse und nicht auf die Räumlichkeiten.

Vizebgm. Kaufmann:

Dies ist ein Irrtum und stimmt so nicht.

Zu den Förderungen noch ein Wort: Es gibt eine Wortmeldung des neuen Finanzlandesrates, wonach es in Zukunft massive Kürzungen bei den Förderungen geben wird. Es musste zum Beispiel eingestanden werden, dass die Ambulanz im LKH Eisenerz um drei Stunden weniger offen hat, und dann glaubt man allen Ernstes, dass eine private Schule eine Förderung seitens des Landes bekommt?

Die Bedarfszuweisungen in Vasoldsberg sind trotz des Zuzuges gesunken und dies wird auch im kommenden Jahr nicht anders werden.

Bürgermeister:

Die Bedarfszuweisungen sind überhaupt nicht gesunken. Wir haben in den letzten 5 Jahren 5 Mio. an Förderungen erhalten, du meinst die Ertragsanteile des Bundes, aber das ist ganz was anderes

Vizebgm. Kaufmann:

Noch ein Beispiel:

Die Gemeinde Hart bei Graz hat 36 Mio. € Schulden und muss pro Jahr 1,5 Mio. zurückzahlen.

Dies kann zurückgezahlt werden, wenn keine außerplanmäßigen Ausgaben.

Die Gemeinde Vasoldsberg gibt 2015 für den Schulbau 1,3 Mio. Euro aus. Wir können uns dies leisten bei einem Jahresbudget von € 6 Millionen?

Bürgermeister:

Die Zahl stimmt überhaupt nicht. Die Baukosten für das heurige Jahr belaufen sich auf rd. € 170.000,00 bis € 180.000,00.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer:

Es geht hier um die Gemeinde Vasoldsberg und nicht um die Gemeinde Hart. Deshalb stellt er den Antrag zur Abstimmung. Der Auftrag soll an die Fa. Mandlbauer vergeben werden.

Kozel:

Wie soll dieser Schulzubau finanziert werden? Es gibt keine Genehmigung für die Schule und es wird auch keine Förderungen dafür geben.

Bürgermeister:

Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, die Finanzierung ist mittels Nachtragsvoranschläges möglich. Hier sind einige Kosten umzuschichten.

Premm:

Welche Kosten sollen hier umgeschichtet werden, bzw. welche Projekte betrifft dies?

Bürgermeister:

Z. B. die Verkehrsberuhigung im Bereich Schulzentrum/Kindergarten.

Vizebgm. Kaufmann:

Das Projekt ist komplett falsch. Die Sekundarstufe bzw. die NMS ist sowieso nicht erforderlich, da nur 6 Vasoldsberger Kinder die NMS besuchen.

Konrad Christian:

Sind die Räumlichkeiten wirklich erforderlich? Wie viele Kinder gibt es im nächsten Jahr in der Hügellandschule?

Bürgermeister:

Insgesamt 90 Kinder in 6 Klassen.

Konrad Christian:

Wie viele Kinder besuchen zur Zeit die Hügellandschule?

Bürgermeister:

Er hat die Zahl nicht im Kopf, es sind aber knapp 70 Kinder.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer:

Im Sommer 2016 wird der Zubau zur Hügellandschule fertig sein. Derzeit werden noch zwei Räume der öffentlichen Volksschule von der Hügellandschule genutzt.

Premm:

Wie viele von den genannten 90 Kindern sind Auswärtige?

Bürgermeister:

Er wird dies in der nächsten Sitzung berichten.

Antrag und Beschluss:

Vizebgm. Ing. Pfeiffer stellt den Antrag, den Auftrag für die Baumeisterarbeiten für den Zubau zur Hügellandschule mit einer Auftragssumme von € 178.698,14 netto (€ 214.437,77 inkl. MwSt.) an die Fa. Mandlbauer zu vergeben.

Der vom Planer DI. Jöbstl vorgeschlagene Bestbieter, die Fa. Fadil-Bau, ist aufgrund eines Übertragungsfehlers und der damit entstandenen schiefen Optik (Fadil-Bau wäre dadurch Bestbieter) auszuscheiden.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mit 15 : 5 : 1 Stimme mehrheitlich angenommen.

Dagegen stimmten Vizebgm. Kaufmann und die Gemeinderäte Rieberer, Premm, DI. Weinhandl und Kozel, der Stimme enthalten hat sich Gemeinderat Konrad Christian.

DI. Weinhandl:

Die Vergabe soll auf alle Fälle rechtlich geprüft werden.

Bürgermeister:

Er wird dies prüfen lassen.

Punkt 11.) Beratung und Beschlussfassung über die Kündigung des Vereines Pro Musica Steiermark für die Führung der Musikschule Vasoldsberg und Grundsatzbeschluss für die Weiterführung der Musikschule Vasoldsberg ab Herbst 2015

Es wird sofort zwischen Bürgermeister und Vizebgm. Kaufmann heftig diskutiert, nachdem Vizebgm. Kaufmann der Meinung ist, dass die Kündigung von ProMusica unrechtmäßig war.

Bürgermeister:

Es hat einige Gespräche mit ProMusica über mögliche Verbesserungen beim Betrieb der Musikschule Vasoldsberg gegeben.

Der Prüfungsausschuss hat einige Male die Abrechnung des Vereines ProMusica kritisiert. Der damalige Prüfungsausschussobmann Graf hat auch dokumentiert, dass die vorgelegte Abrechnung von ProMusica (Einnahmen und Ausgaben des Vereines für den Betrieb der Musikschule Vasoldsberg) als unzureichend angesehen wurde.

Es gibt jetzt einige Kritikpunkte bzw. Verbesserungsvorschläge:

- ein Sommerprogramm für die Ferien sollte erarbeitet werden
- Verbesserung der Dokumentation der Abrechnung zw. Verein und Gemeinde
- fehlende Mitwirkung bei diversen Veranstaltungen der Gemeinde
- von Vizebgm. Kaufmann gewünschter Gemeinderatsbeschluss über Förderung von € 8.000,- für die Musikschule war lt. Obmann Weinzerl nicht erforderlich
- Ansprechpartner für die Musikschule ist ausschließlich Obmann Weinzerl – das entsprechende Schriftstück dazu wird vorgestellt
- die bestehende Vorgehensweise war somit unbefriedigend – es kam seitens Obmanns Weinzerl der Vorschlag zur Kündigung der Musikschule
- es wurde das Statut des Vereins vorgelegt, nur mehr 1 Tag Zeit für eine fristgerechte Kündigung der Musikschule für das kommende Schuljahr – kurze Tel. Abstimmung mit der Fachabteilung MMag. Dr. Hörmann über die geplante Vorgehensweise

Es gibt derzeit sehr viele Gespräche mit mehreren möglichen neuen Trägern. Öffentliche Musikschule Fernitz-Mellach ist z. B. sehr interessiert. Hier gibt es aber einige Vor- und auch Nachteile. Es hat auch mit drei weiteren Bewerbern Gespräche gegeben. Zwischenzeitig gab es auch Gespräche mit den Lehrern der Musikschule. Diese sollten dazu bewegt werden weiter in der Musikschule zu unterrichten, zu besseren Konditionen als bisher.

Frau Mag. Sohnle kommt als Elternvertreterin aus dem Zuhörerbereich zum Bürgermeister und überreicht ihm eine Unterschriftenliste mit rd. 250 Unterschriften, wonach die bestehenden Lehrer unbedingt behalten werden sollen.

Czerny:

Es gibt das Bestreben der Gemeinde, die bestehenden Musiklehrer weiter zu beschäftigen und diese sollen ab 1. September 2015 wieder über einen neuen Träger angestellt werden.

Bürgermeister:

Die Gespräche sollen im Kulturausschuss weitergeführt werden. Es soll für die Lehrer keine Verschlechterung in der Anstellung geben.

Es ist auf alle Fälle ein besseres Service gewünscht. Es hat über Jahre Beanstandungen gegeben, dies soll jetzt wirklich verbessert werden.

Vizebgm. Kaufmann:

Wenn du mich als administrativer Leiter loswerden willst, dann sag es bitte. Der Konflikt soll nicht auf Kosten der Kinder und ihrer Freude zur Musik ausgetragen werden.

Bürgermeister:

Der Prüfungsausschuss hat seit Jahren immer wieder zusätzliche Informationen gefordert, sie aber nie bekommen.

Vizebgm. Kaufmann:

Alle Anschuldigungen sind unglaublich und unfassbar. Der Bürgermeister hat in Eigenregie die Kündigung vollzogen. Der Gemeinderat ist oberstes Gremium der Gemeinde und der hat dies zu entscheiden, schließlich wurde auch für die Übernahme der Trägerschaft von ProMusica ein Gemeinderatsbeschluss gefasst. Der Bürgermeister ist nur ausführendes Organ des Gemeinderates.

Bürgermeister:

Er fordert Vizebgm. Kaufmann zu einer gemäßigten Wortwahl auf.

Vizebgm. Kaufmann:

Die angeblich falsche Abrechnung mit den € 35,00 wurde vom Vater selbst in Abzug gebracht. Bei den € 8.000,00 als Förderung für die Musikschule (Rückerstattung Kommunalsteuer) war er als Gemeinderat und nicht als Mitglied der Musikschule tätig. Die Kommunalsteuer war damals nicht bekannt, daher ist das ganze eine Lüge des Bürgermeisters.

Die Musikschule kostet der Gemeinde lt. Rechnungsabschluss 2014 rd. € 37.000,00. Verbesserungen sind derzeit nicht erforderlich. Die 12 Monate als Gehalt bekommen die Lehrer auch derzeit. Zum Thema dislozierter Betreiber der Musikschule Fernitz-Mellach:

wenn dies kommen sollte, bestimmt Fernitz-Mellach

- wer was macht
- wie was gemacht wird
- welches Ensemble gebildet werden soll
- und auch die Kosten

Einzig der Standort Vasoldsberg als Unterrichtsort bliebe erhalten. Dadurch würde auch die Zusammenarbeit mit der Marktmusik Vasoldsberg nachhaltig geschädigt.

Bürgermeister:

Wir kommen jetzt vom Thema ab. Heute soll auch beschlossen werden, dass es mit 1. September 2015 eine neue Musikschule geben soll.

DI. Weinhandl:

Wenn die Eltern 50% der Beiträge bezahlen, haben sie auch ein gewisses Mitspracherecht. Damit können die Eltern auch mitbestimmen.

Konrad Christian:

Die derzeitigen Kosten für die Gemeinde sind bekannt. Bleiben diese bei einem neuen Betreiber bzw. Träger auch gleich?

Bürgermeister:

Es ist das Ziel der Gemeinde, dass die Eltern nicht mehr bezahlen als bisher.

Vizebgm. Kaufmann:

Die Musikschule hat bestens funktioniert. Das Öffentlichkeitsrecht der Musikschule geht mit dieser Kündigung auch verloren. Bei rd. 100 Schülern sind Kosten von rd. € 37.000,00 für die Gemeinde wirklich günstig.

Der Kulturausschuss hat zu bestimmen, wer der beste Betreiber ist.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer:

Die Kostenrechnung von Vizebgm. Kaufmann möchte ich gerne richtig stellen. Die Musikschule finanziert sich zu 100% aus den Elternbeiträgen und der Förderung der Gemeinde. Bei € 37.000,00 für die Musikschule pro Jahr muss ein politisches Gremium die Entscheidung treffen. Die derzeit handelnden Personen sind aber nicht für ihre Vorgänger verantwortlich.

Das Öffentlichkeitsrecht ist natürlich eine tolle Leistung, die Gemeinde kann aber auch wieder um dieses ansuchen, mit den vorhandenen Räumlichkeiten.

Vizebgm. Kaufmann:

Die soziale Inkompetenz des Bürgermeisters den Träger zu kündigen und 9 Lehrer damit vor dem Kopf zu stoßen war ganz schlimm. Obmann Weinzerl musste die Lehrer kündigen, er konnte gar nicht anders.

Bürgermeister:

Diese Kündigung der Lehrer war nicht erforderlich, Obmann Weinzerl selbst hat die Kündigung der Musikschule empfohlen.

Vizebgm. Kaufmann:

Nein das stimmt nicht, da lügst du.

Premm:

Was gibt es da für einen Stichtag im Vertrag mit ProMusica für die Kündigung von ProMusica? Jährlich oder halbjährlich?

Bürgermeister:

Jährlich, 15 Monate mit der Frist.

Premm:

Das heißt, die Musikschule kann noch gar nicht gekündigt sein.

Bürgermeister:

Aus dessen Grund wurde sie gekündigt, damit quasi vor 15 Monaten der Gemeinderat handlungsfähig ist und Veränderungen herbeiführen kann.

Antrag und Beschluss:

Vizebgm. Ing. Pfeiffer und der Bürgermeister stellen den Antrag, den Verein ProMusica für die Führung der Musikschule Vasoldsberg mit 31. August 2015 zu kündigen und den Grundsatzbeschluss zu fassen, die Musikschule Vasoldsberg ab 1. September 2015 weiterzuführen.

Der Antrag wurde mit 11 : 9 : 1 Stimme mehrheitlich angenommen.

Dagegen stimmten Vizebgm. Kaufmann, Vorstandsmitglied Konrad Markus und die Gemeinderäte Rieberer, Premm, DI. Weinhandl, Bausch, Gries, Konrad Christian und Kozel.

Der Stimme enthalten hat sich Gemeinderat Soboth.

Begründung Gemeinderat Bausch:

Er kann den Beschluss nicht mittragen, da die Vorgehensweise aus seiner Sicht nicht ok ist. Es wurde unter ProMusica sieben Jahre gut gearbeitet.

Punkt 12.) Allfälliges

Rieberer:

Lieber Herr Bürgermeister, lieber Herr Dr. Waldhuber:

Strafsache der Tourismusvorsitzenden Hermine Rieberer: Ihr wurde unrechtmäßige Verwendung von öffentlichem Geld für den Tourismusverband vorgeworfen.

Es gibt dazu ein Schreiben der Landespolizeidirektion vom 3. Juni 2015, wonach das Verfahren gegen Frau Rieberer eingestellt wurde. Bitte einen Anwalt beauftragen, der gleich schnell arbeitet wie die Staatsanwaltschaft.

Und ihr „schmutzigen Brüder“ ihr zwei, die ihr da herinnen sitzt,

Bürgermeister:

Er unterbricht ihn und weist die Wortwahl zurück. Es hat niemand nötig, dass er sich von irgendjemand hier herinnen beleidigen lässt. Dies ist nicht in Ordnung und er verwarnt ihn für diese Wortwahl.

Rieberer:

Er spricht auch Gemeinderat Url an, der angegeben hat, „... was mit den Geldern passiert muss man schon wissen...“. Diese Aussage war auch enttäuschend, denn Herr Url hat sich nie für den Tourismusverband interessiert und auch nicht hinterfragt, worum es hier geht.

Aber die wahren Verursacher sind eh´ die beiden Herren. Anzeigen können sie immer gut machen.

Bürgermeister:

Solche Unterstellungen lässt er sich nicht gefallen.

Rieberer:

Das sind keine Unterstellungen, das sind Tatsachen.

Bürgermeister:

Solche Anschuldigungen toleriert er nicht. Wenn es einen Beweis gibt, soll dieser vorgelegt werden.

Rieberer:

Er wurde vom Bürgermeister angezeigt (wegen Einsteigs- bzw. Einbruchversuchs im Abfallsammelzentrum).

Bürgermeister:

Wenn es solche Anzeigen gibt, muss er denen nachgehen. Er wusste nicht um wen es sich handelte.

Rieberer:

Andere Geschichte:

Sandsack füllen mit der Feuerwehr. Ich war mit einem Fotoapparat und einer Kiste Bier dort und wurde hier vom Bürgermeister des Platzes verwiesen, ich hätte hier nichts zu tun.

Bürgermeister:

Er will dies auch genau erklären, damit hier keine Missverständnisse entstehen:

Gemeinderat Rieberer ist auf das Gelände gekommen um Fotos zu schießen und diese wieder auf Facebook zu veröffentlichen, um zum Wohl der Gemeinde beizutragen. Als Bürgermeister muss ich dir nicht erlauben, dass du unaufgefordert Gemeindegut betrittst.

Dass du anschließend eine Kiste Bier spendiert hast war ganz toll von dir, das Bier ist allerdings erst nach Aufforderung einiger Feuerwehrleute gekommen – dafür wollte ich dir hier auch danken – und wurde nicht, wie von dir angegeben, bereits zu Beginn mitgebracht. das nur zur Richtigstellung.

Dr. Waldhuber:

Herr Gemeinderat Rieberer:

Da ich hier öffentlich angesprochen und offensichtlich bewusst beleidigt worden bin, kann ich hier nur sagen, dass hier die persönliche Betroffenheit aus Ihnen spricht. Weil wenn Sie dies aus vollem Bewusstsein machen würden, würde ich sagen Sie sind nicht mehr ernst zu nehmen.

Im Sinne der GRÜNEN bin ich aufgerufen, z. B. auch gegen Korruption zu handeln. Und wenn ich dann etwas höre, was hier in die Nähe kommt, bin ich verpflichtet, hier etwas beizutragen. Nichts anderes war meine Absicht. Danke.

DI. Weinhandl:

Was passiert mit der öffentlichen Werbewand im Bereich vor Dr. Kogler mit den 4 Tafeln für die Fraktionen? Wann wird auch hier für die GFV was gemacht? Wir nutzen derzeit eine Holzplakatewand.

Bürgermeister:

Gespräche mit dem Planer haben diesbezüglich stattgefunden. Er wird wieder darüber berichten.

DI. Weinhandl:

Er regt an, dass Unterlagen zu den einzelnen Gemeinderatssitzungen vorab elektronisch zur Verfügung gestellt werden sollten. Dies würde die Arbeit wesentlich erleichtern.

Bürgermeister:

Diese Vorgehensweise ist lt. GemO nicht vorgesehen. Auch sind tw. E-Mail-Adressen von Gemeinderäten nicht bekannt. Weiters wäre auch ein Missbrauch von Daten relativ leicht möglich.

Premm:

Das mit der ehemaligen Bürgerservicestelle – was wurde hier falsch dargestellt?

Bürgermeister:

Es *ist* noch eine Bürgerservicestelle.

Premm:

Und wann sind die Öffnungszeiten?

Bürgermeister:

Jederzeit, wenn jemand ins Gemeindeamt kommt um ein Buch auszuleihen geht ein Bediensteter mit und betreut die Stelle.

DI. Weinhandl:

Gibt es einen Sitzungsplan für heuer?

Bürgermeister:

Wird es aufgrund der vielen Vorhaben heuer nicht geben.

Premm:

Bezüglich der Einladungen hätte ich gerne, dass diese wirklich rechtzeitig kommen.

Bürgermeister:

Es wird lt. Gemeindeordnung fristgerecht eingeladen.

Vizebgm. Kaufmann und Frau Gemeinderat Premm verlassen ohne Begründung die Gemeinderatsitzung.

Punkt 13.) Beratung und Beschlussfassung über das Gewähren von zwei Abtrennungsbewilligungen (Lastenfreistellungen) in der KG. Premstätten b. Vasoldsberg – nicht öffentlich und vertraulich gem. § 59, Stmk. GemO

Abgelegt im eigenen Ordner.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gegeben hat, beendet der Bürgermeister um 23.10 Uhr die Sitzung.

Ende der Sitzung:

23.10 Uhr.

g. g.

Der Bürgermeister:

Die Schriftführer: